



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21891 - 93
Fernschreiber 0886890

P/XIII/42 - 20. Februar 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
-	Von Schicksalsfragen ausgeschaltet Regierung missachtet die Volksvertretung	35
2	Truppenabzug - zunächst nur in Korea Überraschende Ankündigung Peking - Werden die Amerikaner bleiben?	50
3	Der jammernde Erhard Nur Reden gegen Preiserhöhungen	52
4 - 5	"Oberreichsanwalt" Lautz erhielt schon 125 000 DM Pension 393 Todesurteile in einem Jahr gehen auf sein Konto	63
6 - 7	"Seelische Eingliederung" der Flüchtlinge Wie Minister Oberländer die Lager räumen will	101

* * * * *

Von Schicksalsfragen ausgeschlossen

sp- Lange vor der letzten Pariser NATO-Konferenz im Dezember vergangenen Jahres konnte man in Fortsetzung von zu nichts verpflichtenden Wahlreden des Bundeskanzlers die Beteuerung vernehmen, die Regierung werde in Zukunft bestrebt sein, eine gemeinsame Außenpolitik mit der Opposition einzuleiten. Diese Beteuerung wurde von Bundeskanzler später wiederholt.

Optimisten glaubten, eine neue Wende der deutschen Politik sei an gebrochen und es liege nur noch bei den Sozialdemokraten, um endlich eine gemeinsame Außenpolitik praktizieren zu können.

Was ist inzwischen geschehen? Trotz aller Versprechungen haben die Bundesregierung und die hinter ihr stehenden Parteien nichts getan, um auch nur annähernd ihre Zusagen einzulösen. Sie haben trotz der weltweiten Diskussion über die Vorschläge des früheren amerikanischen Botschafters in Moskau, George Kennan, eine sachliche Beratung hierüber mit den Vertretern der Opposition nie geführt.

Bei der Diskussion über den Rapacki-Plan wird die gleiche Methode angewandt. Man sucht auf Regierungseite alle möglichen Vorwände, um einer ernsthaften Auseinandersetzung über die Vorschläge des polnischen Außenministers über die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa aus dem Wege zu gehen. Ehe überhaupt noch eine Fühlungnahme mit der Opposition möglich war, schoss der Propaganda-Apparat der Regierung aus allen verfügbaren Rohren gegen Rapackis Anregungen. Der außenpolitische Ausschuss des Bundestages ist in dieser Zeit kein einziges Mal über die Absichten der Bundesregierung unterrichtet worden.

Abgesehen davon, dass auch hier wieder einmal festgestellt werden muss, wie wenig die Herrschaftskönige daran denken, ihre Versprechungen einzulösen, zeigt der Vorgang ausserdem den Geist der permanenten Missachtung der Volksvertretung.

Die ganze Welt untersucht das Für und Wider von Vorschlägen, die vielleicht zu einer Entspannung zwischen Ost und West beitragen könnten. Der deutsche Bundestag, die gewählte Volksvertretung, wird von der Regierung missachtet. Sie wird ausgeschlossen und die Entscheidung über Schicksalsfragen unserer Nation bleibt dem Gutdünken eines hinter verschlossenen Türen tagenden Kabinetts vorbehalten.

Truppenabzug - zunächst nur in Korea

ler- Auch Peking liebt diplomatische Überraschungen. So überraschte es die Welt mit der Ankündigung eines Truppenabzuges aus Nordkorea. Bis Ende dieses Jahres sollen die rund 350 000 chinesischen "Freiwilligen", die seit dem Waffenstillstand in Nordkorea stationiert sind, in ihre Heimat zurücktransportiert werden. China verband diese Ankündigung mit der Aufforderung an die Vereinigten Staaten, ebenfalls ihre unter dem Firmenschild der UNO stationierten Truppen aus Südkorea abzuziehen - insgesamt handelt es sich um 30 000 Mann. Diese im Vergleich zu den chinesischen Verbänden verhältnismässig geringe Truppenstärke erklärt sich dadurch, dass die südkoreanische Armee, was ihre Zahl anbetrifft, um ein Vielfaches grösser als die nordkoreanische Armee ist. Mit Ausnahme der Amerikaner haben es ziemlich alle Nationen, die unter der UNO-Flagge kämpften, ihre Truppen abgezogen.

Peking hat ohne Zweifel einen geschickten Schachzug getan, dazu bestimmt, die Vereinigten Staaten in Verlegenheit zu bringen. Ihm vorausgegangen war eine Erklärung der nordkoreanischen Regierung, nach einem Abzug aller ausländischen Truppen aus ganz Korea die Durchführung freier Wahlen unter neutraler Überwachung zur Wiedervereinigung des Landes zuzulassen. Dieses Angebot richtet sich sowohl an die südkoreanische Regierung wie auch direkt an Washington. Zum eisernen Bestandteil der amerikanischen Koreapolitik gehörte seit dem Abschluss des Waffenstillstandes das Verlangen nach freien Wahlen - aber gerade vom Präsidenten Südkoreas, Syngman Rhee erfolgte bisher dagegen der heftigste Widerstand. Hat er den Ausweg freier Wahlen mehr als die Kommunisten zu befürchten?

In der Verachtung demokratischer Lebensformen und Institutionen unterscheidet sich der alte Mann Südkoreas - er zählt über 80 Jahre - kaum von kommunistischen Vorbildern. Berüchtigte Polizeimethoden, Unterdrückung jeder Meinungsfreiheit, rücksichtslose Drangsalierung der demokratischen Opposition und überfüllte Gefängnisse kennzeichnen sein Regime. Dieser Mann, der als ein grosser Aktivposten der Vereinigten Staaten in Fernost gilt, scheute nicht davor zurück, die Tätigkeit demokratischer Politiker zu verbieten, die sich die friedliche Wiedervereinigung ihres Landes zum Ziele setzten. Von ihm kam die Bitte an Washington, auch die Armee Südkoreas mit atomaren Waffen auszurüsten, was Washington aus nur zu begrifflichen Gründen ablehnte. Nur in der Form einer Annexion Nordkoreas scheint für Syngman Rhee die Wiedervereinigung denkbar und möglich zu sein, aber gerade das ist der Punkt, an dem sich der Koreakrieg vor sieben Jahren entzündete.

Ein Ausschlagen des chinesischen und nordkoreanischen Angebotes auf Abzug aller fremder Truppen und Abhaltung von freien Wahlen unter internationaler Kontrolle brächten die Vereinigten Staaten in mehr als eine peinliche Lage. Sie stünden vor der ganzen asiatischen Welt als die Verlängerer der koreanischen Spaltung und des Schutzpatrons für einen Kreuzfahrer da. Vielleicht mag das die propagandistische Absicht Pekings sein, aber man kann in diesem Falle auch der "Times" recht geben, wenn sie bemerkt, der Schritt Pekings liesse sich aus dem Wunsche Chinas erklären, durch Truppenabzüge in einem der gefährdeten Gebiete Asiens Zonen der Entspannung zu schaffen. Vielleicht ist dies der chinesische Beitrag zur Gipfelkonferenz.

Der jammernde Erhard

EB. Jeden Tag sollte man eigentlich daran erinnern, dass noch vor kurzer Zeit ein küsserlich kraftstrotzender Bundeswirtschaftsminister frohlockend erklärt hat, er würde mit "brutalen Mitteln" gegen Preissteigerungen vorgehen. Er sagte, es werde ihm nichts ausmachen, jeden Tag vor die Rundfunk-Mikrophone zu treten, um Preissteigerungen anzuprangern. Man muss daran erinnern, weil vor allem dieser Bundeswirtschaftsminister den Wahlkampf mit der Parole geführt hat, dass die CDU "stabile Preise" verbürge.

Das ist noch nicht allzu lange her. Heute aber kühlt Erhard sich meistens in Schweigen und wenn er redet, dann jammert und grollt er, ohne sagen zu können, wie der Preisauftrieb gestoppt werden kann. Sein Predigen, so meinte er am Aschermittwoch vor der Hermann-Ehlers-Gesellschaft in Düsseldorf, sei doch nicht umsonst gewesen.

Diese Behauptung ist nicht mehr und nicht weniger als ein holder Selbstbetrug, denn seit dem 15. September 1957 befinden sich die Preise in einem ständigen Vormarsch. Erhards Predigten waren ein leeres Wortgeklänge, dem niemals Taten gefolgt sind. Es ist auch nicht möglich, dass sich der Bundeswirtschaftsminister auf die Verantwortung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern beruft, denn die gravierendsten Preissteigerungen sind in den Bereichen zu verzeichnen, in denen es einzig und allein von der Zustimmung der Bundesregierung abhängt, ob die Preise steigen oder gehalten werden. Das war beim Zucker der Fall, das gilt für die Brotpreiserhöhung, für die gesamte Tarifhöhung der Bundesbahn und der nächste Bestfall werden die Posttarife sein.

Der Verwaltungsrat der Bundespost hat vor wenigen Tagen eine Erhöhung der Tarife für Pakete und Postgut um 19 bzw. 24 % beschlossen, gegen den Widerspruch der sozialdemokratischen Mitglieder im Verwaltungsrat, denen es wenigstens gelang, zur Zeit die Erhöhung der Omnibus-Tarife zu verhindern. Mit der Steigerung der Pakettarife aber hat es durchaus nicht sein Bewenden. Schon in Kürze wird man über die Erhöhung der Briefgebühren, vor allem für den Ortsverkehr, eine fühlbare Steigerung der Drucksachengebühren und auch der Fernsprech- und Telegramm-Tarife beraten. Auch hier handelt es sich um Gebühren, deren Erhöhung in letzter Instanz der Zuständigkeit des Bundeswirtschaftsministers unterliegt. Erhard wird also in Kürze wieder unter Beweis stellen können, was von seinen früheren Kraft- und seinen jetzigen Jammern-Reden zu halten ist.

In Zeiten der Hochkonjunktur war es ein Leichtes, zu regieren, denn man brauchte nur das als "seinen Erfolg" herausstellen, was die Gunst der internationalen Konjunktur in Verein mit dem Fleiß der ganzen deutschen Bevölkerung zustande gebracht hat. Jetzt aber, das sich zumindest eine gewisse Konjunkturbegrenzung deutlich abzeichnet, die Arbeitslosen-Differenz steigt, in der Stahlindustrie Kurzarbeit droht, seit Jahrzehnten die ersten Feierschichten im Bergbau verfahren werden, jetzt wird erst in Wahrheit diese Wirtschaftspolitik ihre Güteprobe zu bestehen haben.

Dabei wird die weitere Preispolitik eine wichtige Rolle spielen. Vor allem die Preise, die nur mit Zustimmung der Bundesregierung verändert werden können. Bei diesen Entscheidungen wird die SPD immer und immer wieder an die Worte erinnern, die Erhard in Frankfurt gesprochen hat, als er versprach, mit "brutalen Mitteln" gegen jede Preiserhöhung vorzugehen. Wenn Erhard bisher "brutal" gewesen ist, dann höchstens gegenüber den deutschen Verbrauchern.

Hitlers "Oberstaatsanwalt" Lautz erhielt schon 125 000 DM Pension

mu - Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat den "Fall Lautz" erneut aufgegriffen. Sie möchte von der Bundesregierung wissen, wie sich die Dauer des über 15 Monate hinausgezogenen Disziplinarverfahrens gegen den Oberreichsanwalt bei den damaligen Volksgerichtshöfen des Dritten Reiches erklärt. Das Disziplinarverfahren war auf Drängen der SPD am 1. Januar 1956 anhängig gemacht worden. Weiter möchte die sozialdemokratische Bundestagsfraktion wissen, was aus der von dem Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmeier erstatteten Strafanzeige geworden ist.

Bei der disziplinarischen Untersuchung geht es vor allem um die Frage, ob Lautz nach dem Gesetz zum Artikel 131 des Grundgesetzes seine Ruhestandsbezüge weiterhin erhalten darf. In der Zeit vom 1. April 1951 bis zum Dezember 1953 bekam dieser Mann, der die Anklage des NS-Regimes in Freislers bertüchtigten NS-Prozessen vertrat, monatlich 1692 DM. Von 1. Dezember 1953 ab wurden seine Bezüge dann auf 1342 DM monatlich reduziert, weil die Behörden immerhin herausgefunden hatten, dass Lautz wegen seiner engen Beziehungen zum NS-Regime Oberreichsanwalt wurde.

Inzwischen ist das Ruhestandsgehalt von Lautz im Zuge der allgemeinen Erhöhung der Beamtengehälter wieder heraufgesetzt worden. Es beläuft sich jetzt auf rund 1 500 DM im Monat, so dass dieser Mann bisher 125 000 DM über das Pensionsamt der schleswig-holsteinischen Landesregierung in seine Lübecker Wohnung überwiesen erhalten hat.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat gute Gründe, den Fall Lautz erneut in der Öffentlichkeit zur Sprache zu bringen. Allein in den Jahren 1942 und 1943 hat dieser Mann 393 Todesurteile fällen lassen. Es gibt doch wohl keinen Zweifel darüber, dass der Antrag des Oberreichsanwaltes Lautz vor Freislers Volksgerichtshöfen auch getreu und schnell verkündet und vollstreckt wurde. Aufrechte Männer aus ganz Europa befinden sich unter den Opfern Lautz's. Sie setzen sich in jenen Jahren gegen das NS-Regime zur Wehr. Vielleicht liessen sie auch nur eine leichtfertige Bemerkung fallen.

Da verkündete beispielsweise der Präsident des Volksgerichtshofes, Dr. Freisler, am 27. November 1944 auf Antrag des Oberreichsanwaltes Lautz in Berlin gegen zwei Frauen und einen Mann das Todesurteil. Der Architekt Erich Gloeden, sowie dessen Ehefrau Elisabeth-Charlotte und die Witwe Elisabeth Kuznitsky wurden "im Namen des deutschen Volkes" als "für immer ehrlos" mit dem Tode bestraft, weil sie den General Lindemann fünf Wochen lang bei sich Asyl gewährten. Lindemann hatte am 20. Juli teilgenommen. In der Urteilsbegründung wird nicht vergessen, zu vermerken, dass es sich bei der Ehefrau Gloeden um Halbjuden handelt.

Manchmal liess Lautz sich auch in Freislers Verhandlungen durch den 1. Staatsanwalt Jaeger bei den Volksgerichtshöfen vertreten. Jaeger antwortet übrigens heute als Staatsanwalt in Flensburg. In all den 393 Prozessen, die ein Todesurteil zur Folge hatten, lehnte aber Lautz als der verantwortliche Oberreichsanwalt jede Begnadigung ab. Dabei zeichnete Lautz auch die Vollstreckung von Todesurteilen gegen. So befindet sich unter den zahllosen Dokumenten auch eine Urkunde über die Hinrichtung des damaligen preussischen SPD-Landtagsabgeordneten Zachert, der 1934 ins KZ kam. Hier heisst es:

"Betrifft: Vollstreckung der Todesstrafe an dem Vertreter Eduard Zachert. Todesstrafe ist am 22. Juli 1943 vorschriftenmässig vollstreckt worden. Die Hinrichtung ist ohne Zwischenfall verlaufen. Sie hat vom Zeitpunkt der Verführung bis zur Vollziehungsmeldung 14 Sekunden gedauert. Den anliegenden Erlasse reiche ich zurück. Lautz"

Um gegen diesen Mann nun einen disziplinarischen Spruch zu fällen, sind bereits Untersuchungen von 15 Monaten (!) Dauer erforderlich gewesen, ohne dass die Regierung etwas darüber als Ergebnis berichtet hätte. Auch die Staatsanwaltschaften hüllten sich über die Ermittlungen, welche Bundestagspräsident Gerstenmeier beantragte, in Schweigen. Das Pensionsamt aber ist tätig. Es liess den "treuen Diener des 3. Reiches" bisher 125 000 DM auszahlen, die die deutschen Steuerzahler aufbringen mussten.

"Seelische Eingliederung" der Flüchtlinge

K.J. Ein kluges Wort hat Bischof Westen auf einer evangelischen Flüchtlingsreferententagung in Kassel gesagt: in Westdeutschland sei der Magen zu gross, und darum habe das Herz nicht mehr genug Platz.

Die Kasseler Tagung der Flüchtlingsreferenten war ein Appell ans Gewissen. Wird er helfen? Der Bundesvertriebenenminister nützte die Gelegenheit, auch seinerseits von der mangelnden, aber doch so notwendigen Nächstenliebe zu sprechen. Er meinte, die Bundesrepublik laufe Gefahr, den Kampf um die wirtschaftliche Eingliederung der Flüchtlinge, Vertriebenen und Ausgesiedelten zwar zu gewinnen, andererseits aber den an ihre "seelische Eingliederung" zu verlieren. Das ist richtig und falsch zugleich. Von einer befriedigenden Lösung der wirtschaftlichen Eingliederung kann kaum die Rede sein; morgen nicht und übermorgen auch nicht. Arbeiten heisst nicht in jedem Falle: eingegliedert sein. Viele Flüchtlinge arbeiten berufsfremd, zur Aushilfe, halbtags - viele überhaupt nicht. Der Prozentsatz der Arbeitslosen unter den Neubürgern ist unverhältnismässig hoch, und die da arbeiten, werden zum Teil erheblich unter Tarif bezahlt. Es ist also unangebracht, die wirtschaftliche Eingliederung der Flüchtlinge optimistisch zu zeichnen.

Sehr recht hat der Minister Oberländer dagegen mit seiner Kritik an der "seelischen Eingliederung". Unzählige Flüchtlinge, Vertriebene, Ausgesiedelte fühlen sich fremd in der Bundesrepublik. Sie gewinnen keinen Kontakt zur Umwelt, empfinden sich in der Emigration. Immer wieder gehen Pattsuchte in die Zone zurück - Vertriebene und Ausgesiedelte gehen, weil sie nicht anders können, in die "innere Emigration". In den letzten Wochen stieg die Zahl der Selbstmorde unter den jugendlichen Aussiedlern, die in polnischen, bulgarischen, tschechischen Schulen aufwuchsen: sie verstanden - im doppelten Sinne - unsere Sprache nicht.

Das Elend der Lager

Die Lager sind das Schlimmste. Über 400 000 Flüchtlinge, Vertriebene und Ausgesiedelte leben im Massenquartier wie die Parias dahin - vor den Toren der Städte, manchmal mitten unter uns. Baracken, Fabrikhallen, Dorf-tanzsäle, die man in winzige Pappwandkabinen aufgeteilt hat, beherbergen jeweils Hunderte von Familien. Vier oder fünf Jahre leben sie manchmal so, bevor sie eine Wohnung erhalten - spätergekommene Leidensgefährten rücken an ihre Plätze nach. Die Lager werden nicht leer. Man musste sogar neue schaffen. Noch immer gibt es in der Bundesrepublik über 3 000 Flüchtlingslager und Notunterkünfte. Die Zahl der Barackenbewohner wächst an, wenn man weiss, dass es in der Bundesrepublik laut Statistik 1,5 Millionen Menschen gibt, die in Elendsquartieren leben müssen. Es fehlen ungefähr 2,5 Millionen Wohnungen.

Der Bundesvertriebenenminister sagte in Kassel zum Wohnungsproblem etwas Überraschendes: innerhalb von 14 Tagen könnten alle Flüchtlingslager aufgelöst werden, wenn man mehr Mut aufbringen würde, das Wohnraumgewirtschaftungsgesetz strenger zu handhaben. Das ist zwar recht vernünftig gesehen, aber was wird sein Kolleg., der Wohnungsbauminister Lücke dazu sagen? Er will ja doch aufhören mit der Wohnraumgewirtschaftung. Am 29. Oktober 1957 hat Lücke verkündet, dass neben der Schaffung von "eigentem Einzeleigentum in der Form von Familienheimen" das Wohnungswesen

in die "Soziale Marktwirtschaft überführt werden muss" und so auch die "Wohnraumbewirtschaftung schrittweise" zu fallen habe. Die Regierung steuert seit langen diesen Kurs.

Notwendige Wohnungsämter

Es ist natürlich nicht schön, wenn ein Staat die Wohnungen seiner Bürger rationiert. Aber geht es denn anders? Jedes Kind weiss, dass die Wohnungsämter in ihrer Funktion immer mehr gelähmt werden. Ursache ist die Bestimmung, dass die Hausbesitzer ein selbständiges Auswahlrecht unter den Wohnungsbewerbern haben. Die schönste Dringlichkeitsbescheinigung hilft nichts, wenn der Vermieter nicht will: das Wohnungsamt ist ohnmächtig und muss ihm ständig weitere "dringende Fälle" - es gibt sie wie Sand am Meer - nachweisen, bis er vielleicht einmal ja sagt. Er tut es gewöhnlich dann, wenn sich der Wohnungsbewerber verpflichtet, ein paar tausend Mark Miete im voraus zu zahlen, hohe Renovationskosten zu tragen, Einrichtungen auf seine Rechnung zu installieren oder sonst etwas "Gefälliges" zu tun. Die sozial Schwachen werden in diesem Catch-up-catch-can mit den Bossergestellten regelmässig auf den Rücken gelegt. Und was hat der arme Flüchtling schon zu bieten? Es wäre eine Katastrophe, wollte man vonseiten der Regierung die Wohnungsbewirtschaftung noch weiter durchlöchern. Hebt man sie auf, dann tritt an die Stelle der Zwangsbewirtschaftung durch das Wohnungsamt endgültig die Zwangsbewirtschaftung durch den Hausbesitzer: die Ware Wohnung würde noch höher im Preis steigen.

Weniger Mittel für den sozialen Wohnungsbau

Man darf den Mut des Bundesvertriebenenministers bewundern, der in Kassel so wider den Stachel der offiziellen Regierungspolitik löckte, die dem Hausbesitzer freien Lauf lassen will. Nach Auffassung des Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Wohnungsbau, Dr. Carl Hesberg (CDU), soll die Subventionierung des sozialen Wohnungsbaus in absehbarer Zeit überhaupt fortfallen. Eine 60-qm-Wohnung käme dann 198 DM monatlich Miete, und Dr. Hesberg findet das beim "gesteigerten Einkommen breiter Bevölkerungskreise" durchaus vertretbar. Weiter setzt sich der Ausschussvorsitzende für eine Freigabe der Mieten im Althausbesitz ein. Gegenüber dieser ernstgemeinten Planung steht die Wirklichkeit von heute, und sie ist schon schlimm genug: aufgrund des Zweiten Wohnungsbaugesetzes werden im laufenden Jahr bereits die Bundeshaushaltsmittel für den sozialen Wohnungsbau um 10 Prozent gekürzt. Statt 700 Millionen DM gibt es nur noch 630 Millionen. Auch die Wohnraumhilfsmittel aus dem Lastenausgleich werden stark beschnitten, auf 170 Millionen DM. Mit dem Aufbaukredit, die 450 Millionen DM nicht überschreiten sollen, ist es ebenso.

Das sind die Tatsachen. So erfreulich es ist, wenn sich der Bundesvertriebenenminister für die "seelische Eingliederung" der Flüchtlinge einsetzt und die Lager über eine strengere Wohnraumbewirtschaftung innerhalb von 14 Tagen räumen will - auf Gegenliebe wird er bei seinen Ministerkollegen und Parteifreunden damit nicht stossen. Oder war's in Kassel gar nicht so ernst gemeint? Mit der freundlichen Empfehlung an die wohnungsvermietenden Bundesbürger, die Flüchtlinge "seelisch einzugliedern", ist nicht sehr viel getan. Wichtiger wäre Oberländers Einsatz im Kabinett und in seiner Fraktion, damit mehr Wohnungen gebaut und mehr Mittel bereitgestellt werden. Das aber würde im Widerspruch zu der auch von Herrn Oberländer befürworteten Beteiligung der Bundesrepublik am kostspieligen Rüstungswettlauf stehen.

* * *